

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 1/1983 – März

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Situation der kapitalistischen Weltwirtschaft zum Jahresanfang 1983 ist von großen Unsicherheiten gekennzeichnet. Die zyklische Wirtschaftskrise dauert bereits drei Jahre, immanente Auftriebskräfte haben an Gewicht gewonnen: rückläufige Zinsen, ein aufgestauter Ersatzbedarf bei Investitionen und langlebigen Konsumgütern, ein teilweise verminderter Lagerdruck beinhalten konjunkturelle Belebungsmomente.

Demgegenüber wirken aber – zum Teil wirtschaftspolitisch verstärkt – Momente, die Ausdruck dauerhaft wirkender Krisenfaktoren sind und bis zuletzt überwiegen: Eine nur wenig verminderte Inflation verringert die Kaufkraft der Löhne und Gehälter und damit die private Nachfrage. Die internationalen Monopole schöpfen einen steigenden Teil der Profite ab und verwenden ihn spekulativ in Form von Geldkapitalanlagen. Im Zusammenhang damit entwickelt sich ein Ungleichgewicht zwischen Geldkapital und produktivem Kapital. Die Folge sind Finanzkrisen, die auf die Kaufkraft der Schuldnerländer drücken und damit den Welthandel beschränken. Sie veranlassen die Regierungen zu inflationärer Geldschöpfung.

Die staatliche Wirtschaftspolitik versucht überall zur Sanierung des Haushalts die Sozialausgaben und die öffentlichen Investitionen zu verringern und schränkt damit weiter die Nachfrage ein. Erfolge bei der Einschränkung der öffentlichen Haushaltsdefizite aber bleiben aus, da die Einnahmen sinken und zudem die Rüstungslasten rapide ansteigen.

Vor diesem Hintergrund ist festzustellen, daß der Tiefpunkt der zyklischen Wirtschaftskrise nach den vorliegenden Daten zum Jahreswechsel noch nicht erreicht war. Die industrielle Produktion ging bis zuletzt zurück, selbst in Japan lag sie am Jahresende unter dem Vorjahresstand. Lediglich in Frankreich stützt die stabile Konsumnachfrage, ohne daß eine Belebung erreicht wird. Die meisten Belebungshoffnungen beziehen sich auf die Situation in den USA. Vereinzelt positive Indikatoren erlauben jedoch auch dort noch keine Aussage über eine konjunkturelle „Wende“.

Das gilt auch für die Bundesrepublik. Die Industrieproduktion ist im Dezember weiter gesunken, eine Auftragsbelebung bei Inve-

stitionsgütern war nur vorübergehend, geschuldet dem Auslaufen der Investitionsprämie zum Jahresende. Stabile Belebungsanzeichen sind lediglich in der Bauwirtschaft sichtbar.

Alle anderen positiven Indikatoren sind lediglich „Stimmungsbilder“, zum Teil ein Ausdruck der Wahlstrategie der CDU/FDP-Koalition: Sie versucht mit allen Mitteln den Eindruck zu erwecken, als sei eine konjunkturelle „Wende“ dank ihrer Maßnahmen in Sicht. Ein Teil der Unternehmen spielt dabei mit und füllt die Wirtschaftspresse mit „optimistischen“ Meldungen.

Insgesamt aber überwiegen auch in der BRD die rezessiven Kräfte: Es gibt bis jetzt noch keine Anzeichen, daß bei einer Kapazitätsauslastung von knapp 76 Prozent – etwas mehr als im September 1982 – über Rationalisierungsinvestitionen hinaus eine Investitionsbelebung zu erwarten ist.

Die private Nachfrage wird weiter sinken – jedenfalls wenn es nicht gelingt, deutlich bessere Tarifabschlüsse als im Vorjahr zu erreichen. Die Reallohne und -gehälter sind 1982 um 2,3 Prozent zurückgegangen, wobei der Rückgang durch die Entwicklung der Sozialeinkommen nur wenig verlangsamt worden ist. Die „Sozialeinkommen“ (Sozialrenten, Unterstützungen und Beamtenpensionen) erhöhten sich trotz steigender Arbeitslosigkeit real nicht mehr. Im ersten Halbjahr dürften sie real sogar kräftig zurückgehen – eine Folge der hinausgezögerten Rentenanpassung.

Die Arbeitslosigkeit hat sich noch rascher erhöht als ursprünglich zu erwarten gewesen war. Dabei ist anzumerken, daß der saisonale Rückgang durch die günstigeren Witterungsverhältnisse sogar abgemildert wurde. Einer registrierten Arbeitslosigkeit von 2,5 Millionen muß eine „stille Reserve“ von mindestens 800 000 Arbeitslosen hinzugezählt werden, so daß zur Zeit etwa 3,3 Millionen Erwerbstätige arbeitslos sein dürften.

Sieht man von saisonalen Schwankungen ab, so wird sich der Anstieg selbst dann fortsetzen, wenn die offiziell angekündigte konjunkturelle Belebung eintreten sollte: Der außergewöhnlich hohe Stand der Kurz-

arbeit zeigt, daß die Unternehmen ihre Produktion rasch ausdehnen können, ohne daß zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt werden müssen. Bleibt die Belebung in den nächsten Monaten aus, dann wird ein erheblicher Teil der Kurzarbeiter arbeitslos werden.

Festzuhalten bleibt, daß ein Ende der zyklischen Krise keines der angestauten sozialökonomischen Probleme lösen wird, insbesondere nicht die Arbeitslosigkeit. Die kapitalistische Weltwirtschaft ist Anfang der siebziger Jahre in eine langandauernde Depressionsphase eingetreten, die sich in einer Deformation des Krisenzyklus äußert: Langanhaltende Krisenphasen werden nur durch schwache und zögernde Beleungsperioden abgelöst.

INHALT

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft 1982
- 1.2 Sozialprodukt
- 1.3 Produktion
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Staatshaushalt
- 1.6 Außenwirtschaft

2 Unternehmergewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmergewinne
- 2.2 Konzentration

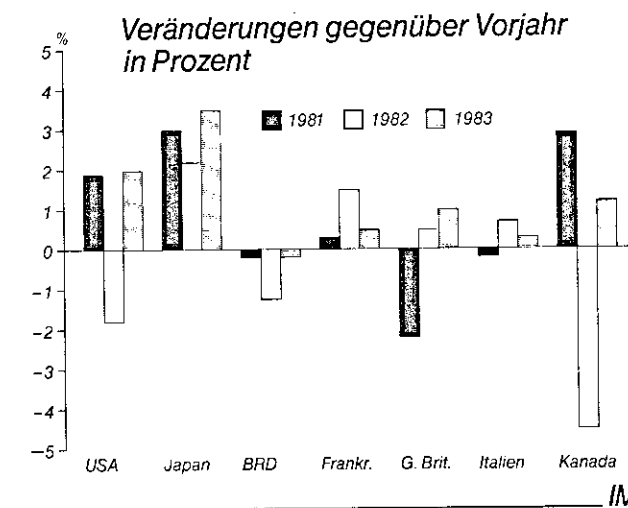
3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Preise
- 3.3 Einkommensverteilung
- 3.4 Tarfbewegung 1983
- 3.6 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft 1982

Kennzeichnend für die Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft ist weiterhin eine Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten, eine noch beschleunigte Zunahme der Arbeitslosigkeit, eine Verlangsamung der Inflation, die im Verhältnis zur Dauer und Tiefe der Stagnation relativ schwach erscheint, und ein Rückgang der Weltnachfrage, der die Weltwirtschafts- und Finanzlage der Entwicklungsländer stark verschlechtert und einige von ihnen an die Insolvenzgrenze bringt. Die OECD prognostiziert eine leichte Wiederbelebung der Konjunktur in der 2. Jahreshälfte und im 1. Halbjahr 1984, insbesondere für die USA und Japan. Die Abbildung zeigt den enttäuschenden Verlauf des realen Bruttosozialprodukts der sieben größten kapitalistischen Industrieländer für den Zeitraum 1981–83.

Reales Bruttosozialprodukt 1981-83



In den Jahren 1980–82 hat sich das BSP der entwickelten kapitalistischen Länder insgesamt um jährlich 0,6 Prozent zu konstanten Preisen erhöht, gegenüber einer Zuwachsrates von 3 Prozent im Zeitraum 1974–79 und einer Expansion von 5 Prozent jährlich zwischen 1960 und 1973. Im Vergleich zur heutigen Stagnation war die Wirtschaftskrise der Jahre 1974–75 ausgeprägter: Das BSP sank von einem Zuwachs von 6 Prozent im Jahre 1973 auf eine Abnahme von 0,5 im Jahre 1975; demgegenüber war die Zunahme der Arbeitslosenquote von 3,2 auf 5,1 Prozent viel geringer als in der gegenwärtigen Situation (von 5,5 Prozent 1979 auf 9 Prozent Ende 1982).

Ein – notwendigerweise summarischer – Vergleich zwischen den Zeiträumen, die auf den 1. und auf den 2. „Ölschock“ folgten, macht deutlich, daß die anhand des berühmten „magischen Vierecks“ (Preisstabilität, Zahlungsbilanzgleichgewicht, Vollbeschäftigung bei angemessenem Wirtschaftswachstum) berechneten Wirtschaftsergebnisse in dem 2. Zeitraum insgesamt schlechter als im 1. waren, was auf den folgenden Grund zurückzuführen ist: In der Periode 1974–79 war in der Tat eine eher nachfragestimulierende Wirtschaftspolitik vorherrschend, die die gesamtwirtschaftliche Tätigkeit und den Welthandel unterstützt hat; nach 1978/79 dagegen hat sich die Priorität der restriktiven Wirtschaftspolitik und in einigen Ländern einer Art von „Neomerkantilismus“ negativ auf die Konjunktur und den Welthandel ausgewirkt. Für die entwickelten kapitalistischen Länder insgesamt gilt: Die Zuwachsrates des BSP hat sich von 3 Prozent 1974–78 auf 1,3 Prozent 1979–82 abgeschwächt; die Arbeitslosenquote ist im Durchschnitt von 5,2 auf 7,2 gestiegen; das Defizit der Leistungsbilanz hat sich verdreifacht (von 11 auf 35 Milliarden Dollar im Durchschnitt); mit 10 Prozent jährlich ist die Teuerungsrate praktisch unverändert geblieben. Der Welthandel hat sich stark verlangsamt: Real ist die Zuwachsrates von 4,5 auf 2 Prozent zurückgegangen.

Vergleicht man die zwei obengenannten Perioden für die einzelnen 7 Länder, zeigt sich, daß Japan und die BRD im Verhältnis zu den übrigen 5 Ländern in beiden Zeiträumen besser abgeschnitten haben; allerdings mußten auch diese beiden Länder nach dem 2. „Ölschock“ schlechtere Resultate hinnehmen. Die USA und Frankreich zeigten bessere Ergebnisse auf der Preisseite, aber schlechtere in bezug auf

Wachstumsrate, Beschäftigung und Leistungsbilanz. Großbritannien und Kanada mußten für die Verbesserung im Bereich der Inflation und der Leistungsbilanz (dem ersten Land kommt dabei die Stellung als Nettoexporteur zugute) Einbußen auf dem Gebiet des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung in Kauf nehmen (in Großbritannien ist im 2. Zeitraum die Entwicklung des BSP negativ, und die Arbeitslosigkeit hat ein für die dreißiger Jahre typisches Niveau erreicht). Italien weist in beiden Vergleichszeiträumen dieselbe Zuwachsrates des BSP (2 Prozent jährlich) auf, aber im Hinblick auf die drei übrigen wirtschaftspolitischen Ziele sind die Ergebnisse im zweiten Zeitraum ungünstiger als im ersten.

In der gegenwärtigen Stagnationsphase ist die enttäuschende Entwicklung der Binnennachfrage in allen sieben Ländern auf zwei Komponenten zurückzuführen: 1) der Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen ist – wenngleich mit unterschiedlicher Intensität und Dauer – allen Ländern gemeinsam; 2) im Unterschied zu den Krisenjahren 1974–75 stellt der Privatverbrauch diesmal nicht die stützende Komponente des BSP dar: Die enorme Zunahme der Arbeitslosigkeit und die Einbußen bei den realen Nettoeinkünften der abhängig Beschäftigten haben das verfügbare Einkommen der Privathaushalte vermindert.

Veränderung der Industrieproduktion 1981–1982 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1981	1982 ²				
		Jahr ²	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj. ²
USA	2,7	-8,0	-6,6	-8,6	-9,8	-7,5
Japan	3,0	1,0	3,5	1,8	1,0	-2,0
BRD	-1,3	-3,0	0,9	0,0	-4,5	-5,5
Frankreich	-0,8	-2,5	0,0	-2,5	-5,0	-1,5
Großbritannien	-4,6	0,5	1,0	1,0	1,0	-1,0
Italien	-2,1	-3,0	0,9	-0,7	-3,5	-6,0
Kanada	0,9	-10,0	-7,6	-12,1	-11,0	-10,0

1 Saisonbereinigte Angaben für Vierteljahre
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, Ifd.)

Wie aus der Tabelle hervorgeht, war die Industrieproduktion 1982 in fast allen Ländern rückläufig: Besonders ausgeprägt war der Produktionsausfall in Nordamerika; selbst Japan wies im 4. Quartal eine negative Entwicklung auf; in Großbritannien folgte auf einen Produktionseinbruch von 11 Prozent in den Jahren 1980–81 eine leichte Erholung. Der Auftragseingang bei der Industrie läßt aber nicht auf eine Verbesserung der Produktion in den nächsten Monaten schließen.

Veränderung der Lebenshaltungskosten 1981–1982 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1981	1982				
		Jahr ²	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj. ¹
USA	10,2	6,0	7,4	6,4	5,6	4,5
Japan	4,9	2,8	3,2	2,6	2,8	2,6
BRD	5,9	5,3	5,8	5,4	5,3	4,6
Frankreich	13,4	11,7	12,7	13,8	10,9	9,6
Großbritannien	11,9	8,4	10,6	8,8	8,0	6,2
Italien	19,3	16,3	16,7	15,3	16,8	16,6
Kanada	12,4	11,0	11,6	11,5	10,7	10,0

1 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, Ifd.)

Auf der Preisseite werden insbesondere in den Ländern Fortschritte erzielt, in denen es – wie in den USA und Großbritannien – zu einer schweren Rezession und einer stark restriktiven Geldpolitik gekommen ist. Die Dämpfung der Verbraucherpreise wird durch die Entwicklung auf den Weltrohstoffmärkten begünstigt. 1982 haben sich Ernährungsgüter und Industrierohstoffe im Durchschnitt um 17 bzw. 12 Prozent verbilligt.

Der 1982 von fast allen entwickelten kapitalistischen Ländern verfolgte restriktive Kurs der Wirtschaftspolitik hat zu einer Verschärfung der ohnehin schon schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt beigetragen. Die drei Stagnationsjahre haben dazu geführt, daß die Zahl der Arbeitslosen in den entwickelten kapitalistischen Ländern insgesamt von 17 Millionen im Jahr 1979 (Arbeitslosenquote von 5,5 Prozent) auf 30 Millionen

im Jahr 1982 (6,6 Prozent) angestiegen ist. Die für die 2. Hälfte dieses Jahres prognostizierte leichte Erholung der gesamtwirtschaftlichen Tätigkeit wird voraussichtlich keine Besserung der Arbeitsmarktlage mit sich bringen; für das 1. Halbjahr 1984 rechnet die OECD mit einer Arbeitslosenquote von 34 Millionen, die einer Arbeitslosenquote von 10 Prozent entspricht.

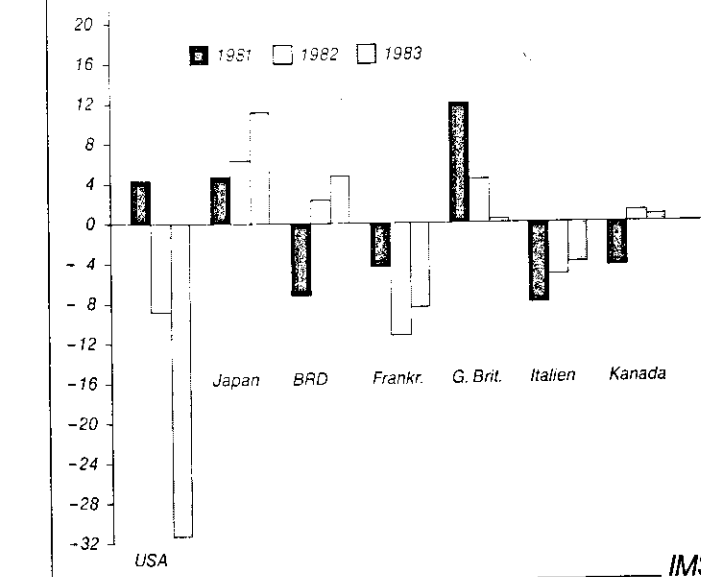
Arbeitslosigkeit 1975, 1981–82 in 1000 in den größten kapitalistischen Industrieländern

	1975	1981 ¹		1982 ²	
		Jahr	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
USA	7830	8273	8016	8563	10002
Japan	2000	2500	2550	2480	2660
BRD	1074	1272	1160	1445	1725
Frankreich	840	1773	1684	1862	1980
Großbritannien	929	2566	2382	2697	2848
Italien	1300	1913	1859	1966	2120
Kanada	690	898	853	948	1117
Zusammen	14663	19195	18504	19961	22452

1 Saisonbereinigte Angaben für Halbjahre
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, Ifd.)

Wie die Tabelle zeigt, hat die Zahl der Arbeitslosen insgesamt um 5 Millionen zugenommen; im 2. Halbjahr 1982 lag sie sogar um 10 Millionen höher als im Krisenjahr 1975. Gegenüber 1981 ist die Arbeitslosigkeit in den USA und der BRD besonders stark angestiegen.

Salden der Leistungsbilanz in Milliarden Dollar



1982 hat sich der Anpassungsprozeß der Leistungsbilanz zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern und den OPEC-Ländern fortgesetzt, während die Entwicklungsländer weiterhin sehr hohe Defizite ausweisen, die etwa 70 Milliarden Dollar betragen. Gegenüber 1980 erscheint der Wiederausgleich der Leistungsbilanz Japans und der BRD besonders ausgeprägt; für das laufende Jahr rechnet die OECD mit einer starken Verschlechterung der Leistungsbilanz der USA, deren Defizit von knapp 9 Milliarden 1982 auf 31 Milliarden Dollar emporzuschellen soll, während Japan und die BRD ihre Überschuldpolitik noch ausbauen dürften.

1.2 Sozialprodukt

Das Bruttosozialprodukt (BSP) der Bundesrepublik ist 1982 weiter zurückgegangen, das zweite Jahr in der aktuellen zyklischen Krise. Der Rückfall fiel sogar sehr deutlich aus.

Bruttosozialprodukt 1982

	In jeweiligen Preisen		In Preisen von 1976	
	Mrd. DM	In % ¹	Mrd. DM	In % ¹
Bruttosozialprodukt	1598	+3,5	1247	-1,2
Privater Verbrauch	900	+2,9	688	-2,2
Staatsverbrauch	331	+3,5	253	+0,1
Anlageinvestitionen	326	-3,8	246	-6,2
Ausfuhr ²	531	+7,0	417	+2,7

1 In % gegenüber dem Vorjahr
2 Waren und Dienstleistungen
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/83, S. 27)

Deutlich überproportional ging der private Verbrauch zurück, der mit etwa 55 Prozent der wichtigste gesamtwirtschaftliche Nachfragefaktor ist.

Die amtlichen Prognosen lagen sämtlich völlig neben der Realität, allgemein war ein Anstieg des BSP zwischen 0,5 und 1,5 Prozent erwartet worden.

Wachstumsprognosen und Realität¹

	Prognose 1982
Bundesregierung ²	+1/+1,5
Sachverständige	+0,5
Gemeinschaftsgutachten ³	+1,0
OECD ⁴	+1,25
Realität 1982	-1,2

1 Veränderung des realen BSP in % gegenüber Vorjahr
2 Jahreswirtschaftsbericht
3 Herbstgutachten 1981 der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute
4 Organisation der kapitalistischen Industrieländer
(Quelle: Presseberichte)

Für 1983 wird in den meisten Prognosen eine Stagnation erwartet, wobei dies zur Voraussetzung hat, daß sich zur Jahresmitte eine konjunkturelle Belebung durchsetzt. Dies ist – trotz einiger Stabilisierungsansätzen – bis jetzt noch immer zweifelhaft.

1.3 Produktion

Der Rückgang der Erzeugung im produzierenden Gewerbe setzte sich bis zum Jahresende 1982 fort. Während sich die Situation im Bauhauptgewerbe stabilisierte, sank die Produktion in der verarbeitenden Industrie weiterhin deutlich. Der Produktionshöhepunkt von Anfang 1980 wurde zuletzt um etwa 12 Prozent unterschritten.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

	1981				1982			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
	108	107	108	106	107	106	103	101

1 Index 1975 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Ifd.)

Der Vorjahresstand ist ebenfalls – um etwa sechs Prozent – erheblich unterschritten.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

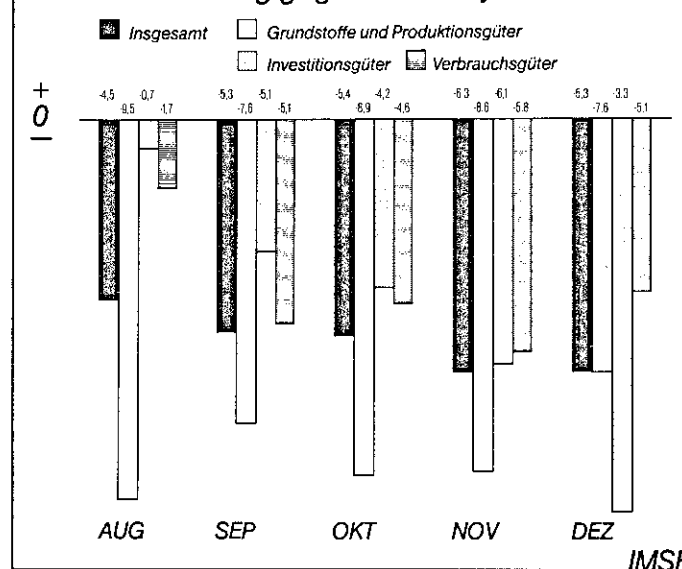
	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Insgesamt	-4,5	-5,3	-5,4	-6,3	-6,3
Grundstoffe und Produktionsgüter	-9,5	-7,6	-8,9	-8,8	-6,3
Investitionsgüter	-0,7	-3,3	-4,2	-6,1	-9,8
Verbrauchsgüter	-1,7	-5,1	-4,6	-5,8	-4,3

1 1982 in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd., S. 65)

Damit ist die Industrieproduktion auf den Stand von 1978 zurückgegangen. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die industrielle Erzeugung mittlerweile über drei Jahre hinweg – genauer: über elf Vierteljahre – stagniert bzw. rückläufig ist.

Nettoindustrieproduktion 1982

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Industrieproduktion¹

Jahr	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Index	93,6	100,0	102,7	104,9	110,6	110,2	108,1	104,7

¹ Index der Nettoproduktion im produzierenden Gewerbe 1975 = 100
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 2/1983, S. 69*)

Zyklus	Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate in %
1952-1958	+10,6
1958-1963	+ 7,4
1963-1967	+ 3,5
1967-1971	+ 9,2
1971-1975	+ 0,0
1975-1982	+ 1,7

¹ Gesamte Industrie, einschließlich Energiewirtschaft und Baugewerbe
(Quellen: Statistisches Bundesamt, Lange Reihen 1973; IW-Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung 1982; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Während die Industrieproduktion bis zuletzt rückläufig war, erfolgte im Zeitraum November/Dezember 1982 bei den Auftragseingängen eine kräftige Belebung. Gegenüber dem Zweimonatszeitraum September/Oktober erhöhten sich die Auftragseingänge real um 7,5 Prozent.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

1981				1982			
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
107	107	107	106	104	99	96	99

¹ Volumen, Index 1976 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Ifd.)

Die Auftragsbelegung beschränkt sich jedoch fast ausschließlich auf inländische Investitionsgüter. Zwar verbesserte sich auch die Auftragslage bei den Verbrauchsgütern etwas, es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Abgrenzung zwischen den großen Wirtschaftspr-

pen oft willkürlich ist. Da sich die Auftragsbelegung auf die beiden letzten Monate des Jahres 1982 beschränkt, liegt die Vermutung nahe, daß es sich hierbei ausschließlich um vorgezogene Investitionsgüterbestellungen handelt, mit denen die Unternehmen die am Jahresende auslaufende zehnprozentige Investitionsprämie ausnutzen.

Es ist daher davon auszugehen, daß die Auftragsbelegung zum Jahresende noch nicht die konjunkturelle Wende anzeigt, daß es in den ersten Monaten von 1983 zu einem erneuten Auftragsrückgang kommen wird. Immerhin ist bemerkenswert, daß sich die CDU/CSU in ihrer Propaganda vor den Wahlen den Effekt der noch von der „alten“ Bundesregierung beschlossenen Investitionsprämie zunutze machen konnte.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt		Grundstoffe und Produktionsgüter		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
August	-2,3	-6,8	-4,5	-8,4	-2,6	-8,0	+2,9	-0,8
September	-5,9	-10,3	-4,4	-8,0	-7,7	-12,9	-3,6	-6,8
Oktober	-9,0	-12,8	-9,2	-12,1	-9,5	-14,5	-7,1	-9,7
November	-1,5	-5,3	-1,8	-4,6	-2,3	-7,4	+1,1	-1,6
Dezember	+2,7	-0,8	-0,3	-1,8	+3,1	-2,3	+6,6	+4,0

(1) Zu jeweiligen Preisen (2) Preisbereinigt
1 Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Ifd.)

Immerhin bleibt der schon gedruckte Vorjahresstand trotz dieses Sondereffekts unterschritten. Auch die Tatsache, daß sich die Auftragsbelegung weder auf die Produktion noch auf die Nachfrage nach Arbeitskräften positiv ausgewirkt hat, weist auf den Sonderfaktor „Investitionsprämie“ hin: Die auftragseilenden Unternehmen scheinen nicht an einer raschen Erledigung ihrer Aufträge interessiert zu sein.

Während sich die inländischen Aufträge belebt haben, hat sich die Situation bei den Auslandsaufträgen weiter verschlechtert: Im November/Dezember gingen die Auftragseingänge aus dem Ausland gegenüber September/Oktober weiter um 0,5 Prozent zurück.

Auftragseingänge nach Herkunft¹

Inland	Verarbeiten- des Gewerbe Insgesamt	Grundstoffe und Produk- tionsgüter	Investitions- güter	Verbrauch- güter
August	+ 1,6	- 2,7	+ 4,2	+ 2,2
September	- 6,8	- 6,3	- 8,4	- 4,4
Oktober	- 7,3	-10,8	- 4,6	- 8,0
November	+ 3,0	- 3,6	+ 8,7	+ 0,2
Dezember	+11,9	+ 1,7	+19,5	+ 5,8
Ausland				
August	- 8,9	- 8,0	-11,1	+ 5,5
September	- 4,3	- 0,4	- 6,7	+ 0,2
Oktober	-11,9	- 6,1	-16,1	- 2,6
November	- 9,2	+ 1,9	-15,3	+ 5,3
Dezember	-11,8	- 3,3	-17,3	+10,5

¹ Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Ifd.)

Die Situation in den einzelnen Industriebranchen stellt sich allerdings etwas differenzierter dar als noch vor einigen Monaten.

Drastisch zugespitzt hat sich unter dem Einfluß der verlängerten zyklischen Krise die anhaltende Strukturkrise in der eisenverarbeitenden Industrie. Die Rohstahlproduktion sank 1982 um fast 14 Prozent auf knapp 36 Millionen Tonnen. Nach den USA, wo die Produktion um 40 Prozent zurückging, war demnach – bei den größeren Produktionsländern – der Einbruch in der BRD am schärfsten. Damit fiel die Bundesrepublik in der Weltangliste zumindest nach dem Kriterium der Stahlmenge – sicher nicht nach Qualität – hinter die Volksrepublik China zurück. Japan ist nun – nach der Sowjetunion – der zweitgrößte Stahlproduzent. Der Auslastungsgrad in der Bundesrepublik lag bei 65 Prozent. Es wird davon ausgegangen, daß der jetzt erreichte Produktionstiefstand auch in Zukunft nur wenig überschritten werden soll – die

Stahlindustrie soll ihre Kapazitäten auf etwa 38 Millionen Jahrestonnen reduzieren. Die Zahl der Stahlarbeiter in den sieben bestehenden Konzernen soll von gegenwärtig etwa 180.000 in wenigen Jahren auf 130.000 reduziert werden, bei einer Konzentration der Produktion auf wenige Standorte.

Die chemische Industrie war im abgelaufenen Jahr voll von der Krise erfaßt worden, ihre Produktion sank um vier bis fünf Prozent. Zum Jahreswechsel scheinen sich allerdings Stabilisierungstendenzen abzuzeichnen, die von einer Ausweitung der Exportaufträge ausgehen.

Im Maschinenbau ist die Produktion 1982 um etwa zwei Prozent zurückgegangen, wobei im Jahresverlauf die Abschwächung der Exportaufträge eine erhebliche Rolle gespielt hat. Auch die inländische Auftragslage hat sich zunächst weiter verschlechtert, allerdings erlaubt die bereits erwähnte Verzerrung der Entwicklung durch das Auslaufen der Investitionsprämie keine eindeutige Aussage.

Verschlechtert hat sich die Situation in allen Bereichen des Maschinenbaus, allerdings hofft man, daß sich bei Baumaschinen eine gewisse Belebung der Nachfrage durchsetzen wird.

Etwas günstiger stellt sich die Situation in der Elektroindustrie dar, vor allem im Investitionsgüterbereich. Zwar ging die Produktion insgesamt auch um ein bis zwei Prozent zurück, allerdings bei großen Unterschieden in den einzelnen Bereichen. Insbesondere jene Produktionssektoren, die mit der Energieversorgung und mit der Hauptrichtung des technischen Fortschritts verknüpft sind, konnten weiterhin expandieren.

Der Gebrauchsgüterbereich hat insgesamt kaum schlechter abgeschnitten, bei erheblichen Differenzen. Rückläufigen Tendenzen bei Haushaltsgeräten stand ein expandierender Videobereich gegenüber.

Insgesamt rechnet sich die Elektroindustrie für 1983 etwas günstigere Aussichten aus, da sie von den Verkabelungsprojekten, von expandierenden Rüstungsausgaben und von der Rationalisierung zusätzliche Impulse erwartet.

Die Automobilindustrie geriet erst Mitte 1982 in einen scharfen Abwärtstrend. Im Durchschnitt des ganzen Jahres konnte sie noch ein Produktionswachstum um fünf Prozent erzielen, wobei allerdings ausschließlich die kräftige Ausweitung des Pkw-Exports im ersten Halbjahr und der Rückgang der Pkw-Importe verantwortlich waren. Rückläufig war die inländische Nachfrage, die Neuanmeldungen von Pkw gingen um etwa sieben Prozent zurück. Der Rückgang bei Lkw war mit 18 Prozent noch stärker. Unter dem Eindruck steigender Kfz-Kosten und rückläufiger Realeinkommen scheint sich bei den Autofahrern eine Veränderung der Gewohnheiten durchzusetzen: so äußerten in einer repräsentativen Befragung der „Mummert + Partner Wirtschafts- und Sozialforschung“ 1982 nur noch 55 Prozent der Autofahrer die Absicht, als nächstes Fahrzeug einen Neuwagen zu kaufen. 1977 waren es noch 65 Prozent gewesen. Es ergibt sich also eine verstärkte Tendenz zum Gebrauchtwagen mit der Folge insgesamt verlängerter Nutzungsdauer. Bleibt dieser Trend dauerhaft, so wird dies die Absatzsichten der Pkw-Industrie ganz erheblich verschlechtern: So wurde auf der Grundlage der Verbrauchsgewohnheiten von 1977 ein jährlicher Neuwagenbedarf von 2,5 bis 2,7 Millionen Pkw errechnet (Ersatzbedarf). Nach den Gewohnheiten von 1982 sinkt der Ersatzbedarf auf 2,2 Millionen.

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ist auch der Kraftfahrzeugbestand gesunken: am 1. Januar 1983 waren 28,405 Millionen Kfz in der BRD zugelassen, etwa 50.000 weniger als zur Jahresmitte. Für 1983 hofft die Branche auf eine gewisse Belebung, die sich vor allem aus dem aufgestauten Ersatzbedarf ergeben soll. Dagegen werden aus dem Export keine wesentlichen expansiven Impulse erwartet, im Lkw-Bereich dürfte sich der scharfe Rückgang der Bestellungen aus den OPEC-Ländern so negativ bemerkbar machen, daß für den Nutzfahrzeugbereich insgesamt ein weiterer Rückgang zu erwarten ist.

In den Textil- und Bekleidungsindustrien hat sich der rückläufige Trend der letzten Jahre fortgesetzt. Die Textilherzeugung sank um zwei bis drei Prozent, die Produktion der Bekleidungsindustrie um sechs Prozent. Bestimmend für die Entwicklung der Absatzsichten bleibt die rückläufige private Nachfrage, nur die Textilindustrie konnte die Exporte leicht steigern. Für die nächste Zukunft sind keine Faktoren in

Sicht, die positive Impulse vermitteln könnten. Entscheidend bleibt, ob sich der Rückgang der Realeinkommen und des privaten Verbrauchs fortsetzt.

Hoffnungen auf ein Krisenende stützen sich vor allem auf Besserungstendenzen in der Bauwirtschaft. Während das Bauvolumen 1982 noch um drei Prozent zurückgegangen ist, signalisieren steigende Aufträge im Wohnungsbau seit Mitte 1982 eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau. Nach wie vor stagniert die gewerbliche Baunachfrage, während der öffentliche Bau deutlich rückläufig ist. Allerdings bleibt zu berücksichtigen, daß der Wohnungsbau mit etwa der Hälfte des Bauvolumens ein großes Gewicht hat. Insgesamt erwartet die Bauwirtschaft für 1983 eine leichte Produktionszunahme um ein Prozent.

Der Einzelhandel erlebte 1982 den bisher tiefsten Einbruch in seiner Geschichte. Die Umsätze stagnierten nominal, gingen aber preisbereinigt um 4,5 Prozent zurück. Im letzten Vierteljahr 1982 lagen sie real um etwa 12 Prozent unter dem Höhepunkt vom ersten Vierteljahr 1980.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	August	September	Oktober	November
Produzierendes Gewerbe insges.	- 4,5	- 5,3	- 5,4	- 6,3
Eisenschaffende Industrie	-23,3	-21,8	-27,4	-29,8
Chemische Industrie	- 8,5	- 7,1	- 6,0	- 4,4
Maschinenbau	- 1,3	- 1,3	- 1,6	- 5,5
Straßenfahrzeugbau	- 6,4	- 5,0	-10,7	-12,4
Elektrotechnik	+ 1,2	+ 0,5	- 1,4	- 5,7
EDV-Geräte	+16,0	-13,2	+ 8,7	+12,9
Textilgewerbe	+ 6,7	0,0	- 2,4	- 4,0
Bekleidungsindustrie	+ 0,1	- 8,6	-11,5	- 7,9
Bauhauptgewerbe	-11,5	-10,3	- 8,6	- 5,2

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Ifd.)

Alles in allem sind die Anzeichen für ein Ende der Krise bis jetzt nicht ausreichend. Mit Ausnahme der Bauwirtschaft gibt es nirgends stabile Aufwärtstendenzen. Einzelne positive bzw. optimistisch gefärbte Töne aus dem Unternehmerlager müssen auch vor dem Hintergrund der Wahlstrategie der CDU/CSU und der FDP gesehen werden. Sie versuchen massiv den Eindruck zu erwecken, als sei die konjunkturelle „Wende“ vollzogen, als sei dies ein Erfolg ihrer Politik. Ein Teil der Unternehmen, die sich von einer Kohl-Regierung weitere gewinnbegünstigende Maßnahmen erwarten, machen dabei mit und geben dementsprechend gefärbte Meldungen heraus.

1.4 Investitionen

Im Jahresverlauf von 1982 ist es zu einem deutlichen Investitionsrückgang gekommen, obwohl sich die Verwertungs- und Finanzierungsbedingungen im Durchschnitt der Unternehmen deutlich verbessert haben.

Anlageinvestitionen in der Gesamtwirtschaft¹

	Insgesamt		Ausrüstungen		Bauten	
	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
1979	264,0	+7,3	110,7	+9,6	153,3	+5,6
1980	272,4	+3,2	113,5	+2,5	159,0	+3,7
1981	261,9	-3,8	109,6	-3,4	152,3	-4,2
1982	245,7	-6,2	100,9	-8,0	144,8	-4,9

¹ In Preisen von 1976
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1983, S. 13)

Real gingen die gesamtwirtschaftlichen Investitionen 1981/82 um mehr als zehn Prozent zurück. Dabei waren Bau- und Ausrüstungsinvestitionen gleichermaßen beteiligt. Die staatlichen Investitionen, die einen Anteil von knapp 15 Prozent besitzen, gingen dabei stärker zurück als die Unternehmensinvestitionen: Sie lagen 1982 immerhin um 17 Prozent niedriger als 1980. Die staatliche Investitionstätigkeit, die

fast ausschließlich aus Bauinvestitionen besteht und zu mehr als zwei Drittel von den Gemeinden bestritten wird, war damit ein deutlich krisenverschärfender Faktor.

Während die Prognosen für 1983 allgemein eine Stabilisierung bei den privaten Anlageinvestitionen erwarten – allerdings wird die reale Zunahme mit rund 1,5 Prozent sehr niedrig geschätzt –, soll sich der Investitionsrückgang des staatlichen Bereichs fortsetzen.

Einen leicht expansiven Trend der Investitionen gibt es lediglich in der Energiewirtschaft. Selbst in den Dienstleistungsbereichen sind die Investitionen zurückgegangen.

Investitionen in den Wirtschaftsbereichen¹

	Mill. DM 1980	Veränderung gegenüber Vorjahr in % 1981 1982 1983 ²
1 Landwirtschaft	8.020	-14 + 1 - 1
2 Energiewirtschaft, Bergbau	16.300	+ 2 + 2 + 5
3 Verarbeitendes Gewerbe	51.310	- 4 - 7 ± 0
4 Baugewerbe	5.380	-28 -18 + 6
5 Handel	13.840	- 8 -13 - 3
6 Verkehr, Nachrichtenübermittlung	22.100	+ 3 - 4 + 3
7 Übrige Dienstleistungszweige	49.900	± 0 - 3 + 3
8 Wohnungsvermietung	69.180	- 4 - 8 ± 0
9 Staat	39.960	- 6 - 8 - 2
10 Anlageinvestitionen insgesamt	275.990	- 4 - 6 + 1

¹ In Preisen von 1976
² Unternehmensplanungen lt. Ifo-Investitionstest
(Quelle: Ifo-Schnelldienst 34/1982, S. 7)

Impulse werden für 1983 insbesondere aus der Elektrizitätswirtschaft und aus dem Bereich Verkehr/Nachrichtenübermittlung erwartet. Hier wird auf die Auswirkungen von Großprojekten im Kraftwerksbau und bei der Verkabelung gesetzt.

In der verarbeitenden Industrie bleibt die Tendenz auch 1983 insgesamt stagnativ, allerdings mit Ausnahme der eisenschaffenden Industrie und des Straßenfahrzeugbaus. Hier wird auf die Auswirkungen von Umstellungs- und Modernisierungsinvestitionen gesetzt, die insbesondere im Stahlbereich durch umfangreiche staatliche Mittel stimuliert werden sollen. Es ist immerhin bemerkenswert, daß zwei Branchen mit tendenziell wachsenden Absatzproblemen die größten Investitionsanstrengungen unternehmen: Es besteht die Gefahr, daß hier über den Konkurrenzmechanismus erneut in bestimmten Bereichen Überkapazitäten errichtet werden, die dann im Verlauf von strukturellen Krisenprozessen wieder auf Kosten der öffentlichen Haushalte und der Beschäftigten bereinigt werden sollen. Immerhin ist daran zu erinnern, daß gerade die Stahlindustrie noch bis kurz vor dem Ausbruch der Strukturkrise 1974/75 riesige Investitionen getätigt hatte.

Investitionen im verarbeitenden Gewerbe¹

	Mill. DM 1981	Veränderung gegenüber Vorjahr in % 1981 1982 1983 ²
Verarbeitendes Gewerbe	31.860	- 4 - 7 ± 0
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	9.934	- 6 - 9 - 7
Steine und Erden	1.381	-10 -25 - 9
Eisenschaffende Industrie	1.619	- 7 -12 + 8
Chemische Industrie	4.326	+ 4 -11 - 8
Investitionsgüter produz. Gewerbe	14.218	- 6 - 4 + 5
Maschinenbau	3.008	- 7 -10 + 1
Straßenfahrzeugbau	5.238	- 1 + 6 + 8
Elektrotechnik	2.891	- 8 - 8 + 4
Verbrauchsgüter produz. Gewerbe	4.367	-11 -10 ± 0

¹ In Preisen von 1976
² Planungen lt. Ifo-Investitionstest
(Quelle: ebd., S. 8)

Das Ifo-Institut unterstreicht in seiner Analyse die Bedeutung der Nachfrage: „Die unerwartete Konjunkturabschwächung in der Bundesrepublik und die daraus resultierenden notwendigen Korrekturen an den Investitionsschätzungen für die Jahre 1982 und 1983 hat wieder einmal eindrucksvoll unter Beweis gestellt, wie wichtig die Absatzentwicklung

und die Absatzerwartungen für die Investitionsneigung sind“ (Ifo-Schnelldienst, 34/82, S. 9).

Angesichts einer nach wie vor niedrigen Kapazitätsauslastung von knapp 76 Prozent und bei weiter rückläufiger privater Nachfrage ist daher nicht zu erwarten, daß es im Jahre 1983 zu einem kräftigen Aufschwung der Investitionen kommt.

1.5 Staatshaushalt

Einen großen und tendenziell wachsenden Teil des Bruttosozialprodukts verschlingt der Staatshaushalt. 1972 bezifferten sich die Ausgaben der öffentlichen Haushalte auf 30,4 Prozent, 1981 auf 32,6 Prozent des Bruttosozialprodukts. Trotzdem werden die regulären Einnahmen immer mehr durch Kreditaufnahmen ergänzt. Neben Steuern und Zöllen gibt es nur Gebühren, Entgelte und die Einkünfte aus wirtschaftlicher Tätigkeit als relevante Einnahmequellen des Staates. Letztere sind überproportional gestiegen von 2,9 Prozent an den Gesamteinnahmen im Jahre 1972 auf 5,1 im Jahre 1982. Der Konsument spürt das allerorten an den horrenden Preiserhöhungen bei öffentlichen Dienstleistungen, etwa im Personenverkehr. Am meisten jedoch ist der Anteil der Nettokreditaufnahme an den Staatseinnahmen gewachsen: von 6,4 Prozent 1972 auf 14 Prozent 1981.

Einnahmen der öffentlichen Haushalte in Mrd. DM

	1972	1976	1980	1981	1982 ¹
insgesamt	253,4	368,6	475,6	502,4	515,0
darunter:					
Steuern und Zölle	195,6	268,1	365,0	358,7	378,7
Gebühren und Entgelte	17,8	28,2	34,4	23,3	25,3
Wirtschaftl. Tätigkeit	7,3	10,1	10,2	17,1	26,5
Nettokreditaufnahme	16,3	46,8	52,4	70,1	54,6

¹ geplant
(Quellen: Statistisches Jahrbuch 1981 für die Bundesrepublik Deutschland; Wirtschafts- und Statistik, Ifo; BMF Dokumentation 3/82, S. 40, 44)

Der Anteil des Bundes an der Gesamtverschuldung übertrifft seinen Anteil an den öffentlichen Verpflichtungen beträchtlich. 1982 verteilten sich die Ausgaben der Gebietskörperschaften wie folgt: Bund 39,4 Prozent, Länder 35,4 Prozent, Gemeinden 25,2 Prozent. Die Verteilung der Gesamtverschuldung dagegen sah Ende September 1982 folgendermaßen aus: Bund 50,4 Prozent, Länder 30,5 Prozent, Gemeinden 18,2 Prozent (Quellen: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifo; BMF Dokumentation 3/82). Dabei gilt es zu berücksichtigen, daß die Gesamtverschuldung, gemessen am Etat aller Gebietskörperschaften, in den letzten zehn Jahren gewaltig an Umfang zugenommen hat.

Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Mrd. DM

	1972	1976	1980	1981	1982 (Sept.)
	156,1	296,7	468,6	545,6	588,2

(Quellen: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifo.)

Da die Kreditaufnahme auf dem Kapitalmarkt zu den üblichen Zinssätzen erfolgt, profitieren von der Belastung des Staatshaushalts durch Zinsen die Banken und privaten Kapitaleigner. Wieweit eine steigende Kreditaufnahme zu rechtfertigen ist, entscheidet letztlich die Verwendung der nach Abzug der Zinsen und Tilgungen verbleibenden Mittel.

Wir sehen, daß sich die Summe aller öffentlichen Ausgaben von 1972 bis 1981 mehr als verdoppelt hat. Die Ausgaben für soziale Sicherung sind proportional gestiegen, diejenigen für Gesundheit, Sport, Erholung, Wohnungswesen, Raumordnung einschließlich kommunaler Gemeinschaftsdienste dagegen, die vor allem den Lohnabhängigen zugute kommen, sind nicht nur relativ, sondern sogar absolut unter ihren früheren Stand gefallen. Die Mittel für Schulen, Hochschulen, übriges Bildungswesen sind nicht dem Ausgabevolumen entsprechend vermehrt worden. Eine größere Steigerung bei Verkehr und Nachrichtenwesen nützt in hohem Grade der Industrie und ihren Absatzmöglichkeiten, aber auch der militärischen Effizienz. Der stark gestiegene

Ausgaben der öffentlichen Haushalte in Mrd. DM

	1972	1976	1980 ¹	1981 ¹	1982 ²
insgesamt, darunter:	251,3	369,9	479,3	509,5	524,8
Verteidigung	24,8	33,7	42,0	45,1	—
Wissenschaft, Forschung ¹	4,0	6,4	12,4	12,8	—
Wirtschaftsförderung	13,0	14,7	28,8	28,2	—
Verkehr und Nachrichtenwesen	20,8	23,1	41,7	41,2	—
Schulen, Hochschulen ²	38,4	58,2	67,9	71,5	—
Gesundheit, Sport, Erholung	14,9	23,3	12,6	12,7	—
Wohnungswesen ³	14,1	22,0	19,7	19,3	—
Soziale Sicherung	50,3	—	94,3	103,2	—
Schuldentilgung	9,0	31,3	48,7	60,8	70,7
Zinsen	8,8	18,1	29,4	36,0	46,8

¹ Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen
² Schulen, Hochschulen, übriges Bildungswesen, kulturelle Angelegenheiten
³ Wohnungswesen, Raumordnung einschließlich kommunale Gemeinschaftsdienste
⁴ Haushaltsansätze
(Quellen: Statistisches Jahrbuch 1981 für die Bundesrepublik Deutschland; Wirtschafts- und Statistik, Ifo.)

Verteidigungshaushalt umfaßt nur einen Teil der Rüstungskosten. Ein weiterer verbirgt sich unter der Bezeichnung Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen, deren Volumen sich in obigem Zeitraum mehr als verdreifacht hat. Auch der Posten Wirtschaftsförderung, der allein dem Kapital dient, vermehrte seinen Anteil gegenüber 1972. 1981 wurden fast siebenmal soviel Mittel wie 1972 von Schuldentilgung verschlungen und mehr als viermal soviel wie damals von Zinsen. Doch zeigt schon ein Blick auf die globale Mittelverwendung, die natürlich die wirklichen Nutznießer noch weitgehend verschleiert, wem die wachsende öffentliche Verschuldung dienlich ist.

Der Bundeshaushalt ist aus zweierlei Gründen am wichtigsten: erstens wegen seiner Größe und zweitens, weil er vor allem Ausgaben aufweist, die nicht im Interesse oder zum Nutzen der Lohnabhängigen sind.

Der Bundeshaushalt (Soll)

Einnahmen in Mrd. DM	1982	1983	Veränderung geg. Vorjahr in %
insgesamt, darunter:	246,4	253,2	+ 2,8
Steuern	182,8	188,0	+ 2,8
Gebühren, Entgelte	3,1	2,9	- 6,5
Wirtschaftliche Tätigkeit	15,3	16,0	+ 4,6
Nettokreditaufnahme	39,7	40,9	+ 3,0

Ausgaben in Mrd. DM

insgesamt, darunter:	246,4	253,2	+ 2,8
Soziale Sicherung ¹	88,3	85,2	- 3,5
Bildungswesen ²	13,8	13,6	- 1,5
Wohnungswesen ³	2,8	2,8	= 0
Verkehrswesen	25,9	25,9	= 0
Verteidigung	46,1	48,5	+ 5,2
Wirtschaftsförderung	7,6	8,3	+ 9,2
Berlinzuschuß	10,1	10,4	+ 3,0
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	6,0	6,2	+ 3,3
Zinsen u. ä.	23,0	27,8	+20,9

¹ Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeausgaben, Wiedergutmachung, Förderung der Vermögensbildung
² Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten
³ Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste
(Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, Nr. 50/1982, S. 17 ff.)

Das erklärte Ziel der „neuen“ Bundesregierung ist es, weitere Einsparungen beim Bundeshaushalt vorzunehmen. Diese Einsparungen sind tatsächlich in erheblichem Umfang erfolgt, wenn man den Haushaltsplan von 1983 mit dem von 1982 vergleicht. Daß nur die Etatposten Soziale Sicherung und Bildungswesen kleiner ausgefallen sind als im Vorjahr, zeigt schon eine Übersicht über den neuen Haushalt.

Insgesamt sind die Ausgaben gestiegen. Beim Wohnungs- und Verkehrswesen blieben sie auf dem Stand von 1982. Dem Berlinzuschuß und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit jedoch fließen mehr Mittel als zuvor zu, und die Rüstungskosten wuchsen fast zweimal so stark wie die Zuwachsraten des Gesamthaushalts. Die Wirtschaftsförderung weist sogar einen Anstieg von 9,2 Prozent aus, Zinsen und dergleichen einen solchen von 20,9 Prozent.

Es sind die Lohnabhängigen, die Auszubildenden, die Rentner, die allein unter den Sparmaßnahmen zu leiden haben. Es sind die Kapitalbesitzer, die allein von der Wirtschaftsförderung profitieren.

Eine genaue Aufschlüsselung der finanziellen Auswirkungen der Haushaltsent- bzw. -belastung infolge der neuen gesetzlichen Maßnahmen enthält die Praktiken der Bundesregierung noch krasser: Es fallen Mehrausgaben in Höhe von 0,1 Mrd. DM an, ferner Mindereinnahmen in Höhe von 3,8 Mrd. DM. Von diesen nutzen 1,8 Mrd. DM den Sozialversicherten, 1,7 Mrd. DM den Unternehmern und 0,4 Mrd. DM der Förderung des Wohnungsbaus. Dieser Haushaltsbelastung stehen gewaltige Einsparungen auf der Ausgabeseite und ein Wachsen der Einnahmen des Bundes gegenüber, die sich auf 21,7 Mrd. DM belaufen. Von dieser Summe entfallen allein 15 Mrd. DM auf Soziale Sicherung, 3,5 Mrd. DM auf Dienst- und Versorgungsbezüge, 3 Mrd. DM auf die Erhöhung der Umsatzsteuer und nur 0,2 Mrd. DM auf Sonstiges (Quelle: Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, a. a. O., S. 21 ff.). Es sind Einsparungen, die den Konsum weiter zurückgehen lassen werden, die die Krise verschärfen, die prozyklisch wirken.

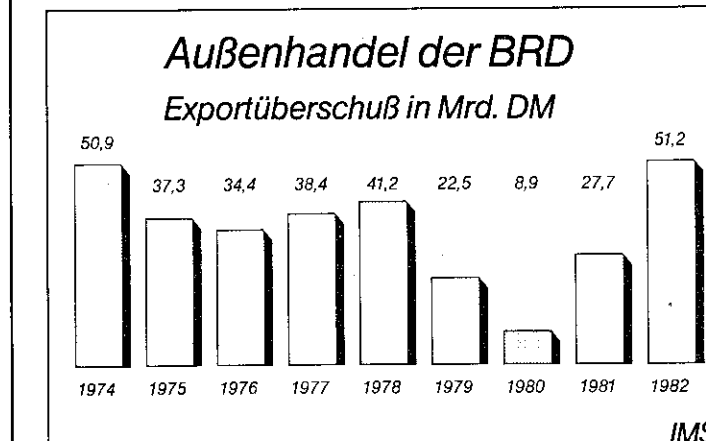
1.6 Außenwirtschaft

Die Bundesrepublik erzielte im abgelaufenen Jahr den höchsten Exportüberschuß in ihrer Geschichte. Selbst der bisherige Rekord von 1974 wurde noch leicht übertroffen.

Außenhandel der BRD

	Exporte in Mrd. DM	% ¹	Importe in Mrd. DM	% ¹	Saldo in Mrd. DM
1974	230,6	+29,3	179,7	+23,6	+50,9
1975	221,6	- 3,9	184,3	+ 2,6	+37,3
1976	256,6	+15,8	222,2	+20,5	+34,4
1977	273,6	+ 6,6	235,2	+ 5,9	+38,4
1978	284,9	+ 4,1	243,7	+ 3,6	+41,2
1979	314,5	+10,4	292,0	+19,8	+22,5
1980	350,3	+11,4	341,4	+16,9	+ 8,9
1981	396,9	+13,3	369,2	+ 8,1	+27,7
1982	427,8	+ 7,8	376,6	+ 2,0	+51,2

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifo.)



Dies ist um so bemerkenswerter, als dies in einer Situation erfolgt, in der die kapitalistische Weltwirtschaft in einer zyklischen Krise steckt, in der sich Finanzierungsprobleme bei den Entwicklungsländern zuspitzen und in der die sozialistischen Länder eine gezielte Politik zur Verringerung ihrer Kreditabhängigkeit verfolgen. Der Welthandel stagniert seit etwa drei Jahren, ist 1982 leicht zurückgegangen, die Bedingungen für Exporterfolge waren also denkbar ungünstig.

Die jahresdurchschnittliche Betrachtungsweise verdeckt allerdings Veränderungen, die die Bilanz weniger günstig aussehen lassen. So muß zunächst festgehalten werden, daß die Exporte wesentlich langsamer zugenommen haben als im Vorjahr: Im Jahresdurchschnitt lagen sie nominal noch um knapp acht Prozent, real – d. h. mengenmäßig – aber nur um zwei Prozent über dem Vorjahresstand. Der außer-

gewöhnlich hohe Überschuß ist also nicht auf eine mengenmäßige Expansion der Ausfuhren zurückzuführen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Exporte im ersten Quartal 1982 real noch 12 Prozent höher waren als zur gleichen Vorjahreszeit, im letzten Quartal von 1982 aber schon um etwa sieben Prozent niedriger. Die Situation hat sich im Jahresverlauf also erheblich verschlechtert.

Die Importe haben 1982 real nur noch um ein Prozent zugenommen, mengenmäßig haben sich Ein- und Ausfuhren also in etwa gleichmäßig entwickelt. Entscheidend ist die Preissituation: Da die Einfuhrpreise im Jahresdurchschnitt nur noch geringfügig gestiegen sind, sind die Einfuhren mit einer nominalen Zunahme um zwei Prozent wesentlich langsamer gewachsen als die Ausfuhren, d. h. die Ursache für die Verdoppelung des Exportüberschusses gegenüber 1981 ist vor allem in der Preisentwicklung zu suchen. Während die Einfuhrpreise im Jahresdurchschnitt nur um etwa 1,5 Prozent zunahmen, verteuerten sich die Ausfuhrpreise um etwa 4,5 Prozent. Die Bundesrepublik konnte also ihr Austauschverhältnis im internationalen Handel – die „Terms of Trade“ – wesentlich verbessern.

Terms of Trade¹

1978	1979	1980	1981	1982
102,7	96,4	90,2	86,3	90,0

¹ Index 1976 = 100
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, IId.)

Die Ausfuhrerfolge der Bundesrepublik konzentrierten sich im abgelaufenen Jahr stark auf die kapitalistischen Industrieländer, vor allem auf den EG-Raum. Infolgedessen erhöhte sich das Ungleichgewicht innerhalb der EG weiter: Die Bundesrepublik erhöhte ihren Außenhandelsüberschuß gegenüber den EG-Ländern von 10,6 auf 22,3 Milliarden DM (Januar bis November), vor allem gegenüber Frankreich bildete sich ein für dieses Land bedrohliches Ungleichgewicht heraus.

Rückläufig war der Absatz in den Entwicklungsländern, zunächst nur in den Nicht-OPEC-Staaten. Hier wirkt sich die hohe Verschuldung als Importbremse aus. Im Jahresverlauf haben sich aber auch die Bestellungen der OPEC-Länder deutlich vermindert, eine Tendenz, die sich im laufenden Jahr bei sinkenden Erdöleinnahmen dieser Staaten fortsetzen wird. Die in den vergangenen Jahren rasch expandierenden Märkte der Entwicklungsländer waren eine zusätzliche Exportstütze für die Bundesrepublik, ihr Anteil an den Ausfuhren erreichte 1981 immerhin fast ein Fünftel. Es ist zu befürchten, daß es hier einen tiefen Einbruch geben wird. Leicht rückläufig war auch wieder der Anteil der sozialistischen Länder: Hier wirkten sich die meist erfolgreichen Bemühungen dieser Länder zur Verringerung ihrer Kreditabhängigkeit negativ auf die Exportchancen der Bundesrepublik aus.

Rascher als erwartet kehrte sich die seit 1979 defizitäre Leistungsbilanz wieder um. Diese Entwicklung wird in der Wirtschaftspresse kaum noch einer Erwähnung für wert befunden, obwohl die Herausbildung des Defizits 1979 und 1980 geradezu zum Zentralproblem der bundesrepublikanischen Wirtschaft hochstilisiert worden war. Das Defizit in der Leistungsbilanz wurde als größte Bedrohung der wirtschaftlichen Stabilität herausgestellt und mußte als Rechtfertigung für jede Form des Sozialabbaus, der Reallohnsenkung und der „Rotstiftpolitik“ herhalten.

Leistungsbilanz¹

	Handelsbilanz	Dienstleistungsbilanz	Übertragungsbilanz	Leistungsbilanz
1974	+50,8	- 7,0	-16,1	+26,6
1975	+37,3	- 8,3	-17,9	+ 9,9
1976	+34,5	- 6,6	-18,1	+ 9,7
1977	+38,4	-10,8	-17,9	+ 9,8
1978	+41,2	- 8,1	-17,6	+17,5
1979	+22,4	-12,4	-20,8	-10,1
1980	+ 8,9	-14,7	-24,0	-29,8
1981	+27,9	-17,9	-27,2	-16,6
1982 ²	+51,2	-16,7	-28,1	+ 7,5

¹ Mrd. DM, Zusammenfassung von Handels-, Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz

² Teilweise geschätzt
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId.)

In diesem Zusammenhang ist auch bedeutsam, daß die Bundesrepublik wieder zu einem Nettoexporteur von Kapital geworden ist. In bezug auf die Direktinvestitionen ist sie das in den letzten Jahren in steigendem Maße ohne Unterbrechung gewesen, bei Einbeziehung von langfristigem Geldkapital wurde in den letzten Jahren per saldo aber Kapital importiert.

Saldo des langfristigen Kapitalverkehrs¹

1971	1972	1973	1974	1975	1976
+ 6,3	+15,6	+13,0	- 6,3	-18,2	- 1,5
1977	1978	1979	1980	1981	1982
-12,9	- 2,3	+12,1	+ 6,4	+ 9,4	-16,2

¹ Mrd. DM, + Kapitalimport, - Kapitalexport
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId.)

Der Import von langfristigem Kapital zwischen 1979 und 1981 war ausschließlich auf die starke Kreditaufnahme der öffentlichen Hand im Ausland zurückzuführen, eine vordem kaum geübte Praxis: 1979 bis 1980 erhöhte sich die Auslandsschuld der öffentlichen Hand um etwa 50 Milliarden DM, während der Gesamtbestand bis 1978 nur 17 Milliarden betragen hatte. Die Stellung der Bundesrepublik als Exporteur von langfristigem Kapital – in Form von Direktinvestitionen und Geldkapital – hat sich also auch in den Jahren zwischen 1979 und 1981 nicht geändert, der Staat hat sich lediglich zum Schutze vor den damit verbundenen Devisenabflüssen (vor dem Hintergrund der negativen Leistungsbilanz) als „Lückenbüsser“ betätigt. Dies ist dem Steuerzahler insgesamt sehr teuer gekommen. Denn während die privaten Kapitalanleger, vor allem die Banken und großen Unternehmen, ihr Geld im Ausland angelegt haben und dabei von den höheren ausländischen Zinsen profitiert haben, haben die öffentlichen Hände sich zu ebendiesen höheren Zinsen verschuldet. Die Kredite wurden nicht dort aufgenommen, wo sie am billigsten waren – nämlich im Inland –, sondern aus Gründen der Devisenpolitik im teureren Ausland. Die öffentlichen Hände haben damit die negativen Folgen der Profitstrategie der privaten Anleger für die Devisenbilanz auf Kosten der Staatshaushalte kompensiert. Im Sinne einer sparsamen Verwendung öffentlicher Mittel wäre es sicher billiger gewesen, die vorhandenen Instrumente der Kapitalverkehrskontrollen anzuwenden und die private Anlage von Kapital im Ausland aus Devisengründen zu begrenzen. Dies hätte allerdings auch eine Begrenzung der Bewegungsfreiheit des privaten Kapitals bedeutet – ein Schritt, der selbst als vorübergehende Maßnahme von der sozialliberalen Koalition nicht gewagt wurde.

2 Unternehmensgewinne und Konzentration

2.1 Unternehmensgewinne

Schon seit Mitte 1981 steigen die Unternehmensgewinne – in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung („Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“) – wieder an. Dies hat sich 1982 trotz des erneuten Produktionseinbruchs fortgesetzt.

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen¹

	1980	1981	1982	1983 ²
Brutto	+ 1,4	-0,7	+4,5	+5,5
Netto	+ 2,4	+0,7	+5,5	+7,0
Abschreibungen	+11,1	+8,5	+6,5	+6,0
Privatentnahmen ³	+ 8,6	+6,8	+7,0	+4,0

¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr

² Prognose des DIW

³ Einschließlich Vermögenserträgen, abzüglich Zinsen auf Konsumentenschulden

(Quelle: DIW-Wochenberichte 1/82 und 1/83)

Dabei ist zu den Unternehmereinkommen anzumerken, daß sie auf der Grundlage von Wiederbeschaffungspreisen bei den Investitionsgütern berechnet sind, d. h., die als Kosten ausgewiesenen Abschreibungen erlauben mindestens eine reale Erhaltung des Anlagenbestandes.

Hauptmerkmal der Gewinnsituation ist neben dem allgemeinen Anstieg der Durchschnittsgewinne die große Differenzierung. Auch im Bereich der an sich sehr gut dastehenden Großunternehmen gibt es auseinanderlaufende Entwicklungen, wobei die Situation oft unabhängig von der Branchenzugehörigkeit ist: Während die Schätzungen der BHF-Bank und der Deutschen Gesellschaft für Anlageberatung (De-gab) – die natürlich nur von Börsenwerten ausgehen – im Schnitt unveränderte Gewinne der Industrieunternehmen im Jahre 1982 annehmen, werden für Siemens, Daimler-Benz, Porsche, einige Maschinenbauunternehmen, der Veba und selbst den Kaufhauskonzern Kaufhof z. T. kräftige Gewinnerhöhungen erwartet. Dagegen wird bei den Chemiekonzernen, bei VW, bei BBC mit Gewinneinbußen gerechnet, wobei allerdings insbesondere bei den Chemiekonzernen sehr hohe Ausgangswerte zu registrieren sind.

Ein anderer Aspekt ist der starke Anstieg der Privatentnahmen und der Vermögenseinkommen. Schon in den vorangegangenen „INFORMATIONEN...“ war auf die starke Steigerung der Bankgewinne in den Krisenjahren als Indikator für das zunehmende Gewicht des Geldkapitals verwiesen worden. Ein abnehmender Teil der Nettogewinne der Unternehmen wird in Form von Anlageinvestitionen verwendet, wachsende Teile fließen in geldkapitalistische Anlageformen.

2.2 Konzentration

Im Unternehmensbereich haben sich im abgelaufenen Jahr erhebliche Veränderungen ergeben, wobei wohl der Zusammenbruch des AEG-Konzerns der spektakulärste Fall war. Insgesamt machen die Zahlen über Insolvenzen und Fusionen die Veränderungstendenzen deutlich.

Insolvenzen und Fusionen

	1970	1975	1976	1977
Insolvenzen	4 201	9 195	9 361	9 562
Fusionen	305	448	453	554

	1978	1979	1980	1981	1982
Insolvenzen	8 722	8 319	9 144	11 653	15 877
Fusionen	558	602	635	618	600

(Quelle: Presseberichte)

Während die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche einen absoluten Rekord erreicht hat, ist die Zahl der Fusionen etwas zurückgegangen. Ursächlich dafür sind vor allem veränderte Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), durch die 1980 die „Bagatelgrenze“ für Fusionen gesenkt wurde. Viele Großunternehmen hatten in Erwartung dieser Verschärfung der Fusionskontrolle ihren Unternehmensbereich bereits vorab abgerundet. Vor dem Hintergrund dieser Tatsache muß die anhaltend hohe Zahl jährlicher meldspflichtiger Fusionsfälle als Beleg für die Intensität des Konzentrationsprozesses gewertet werden.

Nach den Plänen der CDU/FDP-Regierung soll das GWB im übrigen praktisch wieder entschärft werden, indem der Aufkauf „insolvenzbedrohter“ Betriebe durch Konzerne steuerlich erleichtert wird.

Wieder wurde 1982 eine Anzahl auch größerer Fusionsfälle genehmigt, wobei insgesamt festgestellt werden muß, daß die Drohung mit der Schließung von Betrieben auf das Bundeskartellamt erpresserisch gewirkt hat. So wurde eine Reihe von Unternehmenszusammenschlüssen in der Folge der AEG-Krise vom Bundeskartellamt nur „mit schwersten Bedenken“ genehmigt.

Zu nennen sind die Übernahme von Neff-Hausgeräten (AEG) durch Siemens, die Beteiligung von Philips an Bauknecht und der Zugriff von Bosch, Mannesmann und Allianz auf die AEG-Nachrichtentechnik. Auch der Einstieg von Grundig bei Telefunken, vor dem Hintergrund der Fusionsgespräche zwischen Grundig und Thompson-Brandt, ist ein kartellrechtlich höchst problematischer Fall. Insgesamt muß festgehalten werden, daß der Zusammenbruch des AEG-Konzerns den Konzentrationsprozeß im Elektrobereich erheblich vorangetrieben hat.

Auf der anderen Seite hat das Jahr 1982 der westdeutschen Wirtschaft die bisher größten Unternehmenszusammenbrüche gebracht. Video-color in Ulm, Kreidler in Stuttgart, Pelikan in Hannover, der Wienerwald-Konzern, die Schichau-Werft in Bremen – bekannte Namen aus der Unternehmenslandschaft der Bundesrepublik mußten vor den Konkursrichtern ziehen. Dabei sind die zahlreichen Nachfolgekonkurse der AEG-Pleite und anderer Großunternehmen noch nicht genannt.

Als Merkmal der gegenwärtigen Situation muß die Tatsache unterstrichen werden, daß immer mehr große und mittlere Unternehmen – oft mit mehr als 1000 Beschäftigten – ihre Tätigkeit einstellen.

Am Jahresanfang 1983 machte der Zusammenbruch des Stahlkonzerns Korf neue Schlagzeilen – er unterstrich aber lediglich die Tatsache, daß im Grunde der gesamte Stahlbereich bankrott ist und zur Neuordnung ansteht. Damit wären nun schon in zwei der größten Wirtschaftsbereiche – Elektro und Stahl – tiefgreifende Veränderungen der Kapitalstrukturen im Gefolge der zyklischen Krise zu registrieren. Ganz offensichtlich geht die Krise inzwischen auch nicht mehr an den Monopolen selbst vorbei, d. h., die herrschende Unternehmensstruktur ist auch im Monopolbereich keineswegs unantastbar.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die Entwicklung der Löhne und Gehälter hat sich im abgelaufenen Jahr weiter verlangsamt.

Tariflohn- und -gehaltsniveau¹

1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
+8,5	+5,9	+6,9	+5,6	+4,8	+6,6	+5,4	+4,0

¹ Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId.)

Wie auch 1981 lagen die tariflichen Lohn- und Gehaltserhöhungen unter der Inflationsrate, so daß selbst die Bruttoarbeitseinkommen real zurückgingen.

Höhere Sozialabgaben und die Steuerprogression sorgten neben den Preiserhöhungen für eine weitere Aushöhlung der Kaufkraft der Arbeitseinkommen.

Löhne und Gehälter

	1979		1980	
	Mrd. DM	% ¹	Mrd. DM	% ¹
Bruttolohn- und -gehaltssumme	636,2	+7,5	687,0	+8,0
Nettolohn- und -gehaltssumme	455,4	+8,0	484,0	+6,3
Je Beschäftigten (in DM)	20 146	+6,1	21 129	+4,9
Inflationsrate ²		+4,1		+5,5
Realeinkommen je Beschäftigten		+2,0		-0,6
Arbeitsproduktivität ³		+2,8		+0,9

	1981		1982	
	Mrd. DM	% ¹	Mrd. DM	% ¹
Bruttolohn- und -gehaltssumme	716,4	+4,3	731,6	+2,1
Nettolohn- und -gehaltssumme	502,9	+3,9	508,2	+1,1
Je Beschäftigten (in DM)	22 070	+4,5	22 737	+3,0
Inflationsrate ²		+5,9		+5,3
Realeinkommen je Beschäftigten		-1,4		-2,3
Arbeitsproduktivität ³		+0,8		+0,9

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

² Lebenshaltung aller Haushalte

³ Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, IId.; eigene Berechnungen)

Der Rückgang der Reallohn- und -gehälter fiel 1982 also weit einschneidender aus als in den Vorjahren, der Höchststand von 1979

wurde um etwa 4,5 Prozent unterschritten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß dies eine Durchschnittsberechnung ist, die je nach Branche, je nach Einkommensgruppe und Unternehmen durchaus erheblich abweichen kann.

Bei einer Entwicklung gemäß den vorliegenden Prognosen wird sich der Realeinkommensrückgang auch im laufenden Jahr fortsetzen. Demnach würden die Realeinkommen im Jahresdurchschnitt von 1983 um 1,5 bis zwei Prozent sinken. Dabei wird aber von einer sehr niedrigen Preissteigerungsrate (zwischen 3,5 und vier Prozent im Jahresdurchschnitt) ausgegangen, eine Annahme, die sicher vorwiegend auf die Tarifrunde abzielt. Bei realistischeren Annahmen über die Preisentwicklung (zwischen 4,5 und fünf Prozent) würde der zu erwartende Reallohnrückgang noch deutlicher ausfallen.

Es ist klar, daß bei einer weiteren Senkung der Tarifabschlüsse in der laufenden Tarifrunde die wirtschaftliche Belebung weiter verzögert, eine Stabilisierung der privaten Nachfrage verhindert würde.

3.2 Preise

Die Preisentwicklung hat sich im abgelaufenen Jahr nur wenig verlangsamt. Die Prognosen wurden in diesem Punkt meist übertroffen, die meisten Vorhersagen – mit Ausnahme des Sachverständigenrats – lagen deutlich unter der erreichten Inflationsrate.

Ausgewählte Preisindizes¹

	Lebenshaltung	Industrie- preise	Landwirt- schaftliche Erzeugerpreise	Einzelhandels- preise	Import- preise
1975	+6,0	+ 4,7	+13,3	+5,4	- 1,7
1976	+4,3	+ 3,9	+11,9	+3,5	+ 6,7
1977	+3,7	+ 2,6	- 4,5	+3,8	+ 1,6
1978	+2,7	+ 1,2	- 5,4	+2,4	- 5,2
1979	+4,1	+ 5,0	+ 2,1	+4,3	+12,9
1980	+5,5	+ 7,6	+ 1,7	+5,4	+17,1
1981	+5,9	+ 7,7	+ 6,0	+5,3	+14,0
1982	+5,3	+ 5,7	+ 4,4	+4,8	+ 1,5

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId.)

Der zögernde Rückgang der Inflationsrate trotz anhaltender Krise macht deutlich, wie stark die inländischen Inflationstendenzen sind, wie groß der Einfluß der monopolistischen Preisgestaltung ist. Erst in den letzten Monaten hat sich der Preisanstieg etwas deutlicher verlangsamt. Der zum Jahreswechsel übliche Preissprung ist deutlich geringer ausgefallen als in den Vorjahren, so daß die Rate im Januar immerhin auf vier Prozent gefallen ist.

Lebenshaltungsindex 1982/83

	Veränderung in % gegenüber dem Vormonat	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
Juli	+0,2	+5,6
August	-0,2	+5,1
September	+0,3	+4,9
Oktober	+0,2	+4,9
November	+0,3	+4,7
Dezember	+0,2	+4,6
Januar	+0,2	+3,9

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, IId.)

Es sind vor allem zwei Faktoren, die die Verlangsamung des Preisanstiegs erklären: Die Preisrückgänge bei Benzin und Heizöl, die zwischen Dezember 1982 und Januar 1983 jeweils etwa vier Prozent betragen haben. Gegenüber dem Januar 1982 war Benzin noch um 1,8 Prozent teurer, Heizöl aber immerhin um fünf Prozent billiger. Darin spiegelt sich einmal der rückläufige Trend bei den Rohölpreisen und der stabile DM-Wechselkurs wider, aber auch der relativ milde Winter, der die Nachfrage nach Heizöl gedämpft hat.

Der andere Faktor ist der Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeu-

gerpreise zum Jahresende 1982, der die Entwicklung insbesondere saisonabhängiger Nahrungsmittelpreise gedämpft hat. Dies ist teilweise auf die gute Ernte des letzten Jahres zurückzuführen. Vor allem Obst und Gemüse sind erheblich billiger als in der gleichen Vorjahreszeit.

Andererseits hat es auf einem anderen Gebiet einen regelrechten Preissprung gegeben: Die Mieten haben sich nach Angaben des statistischen Bundesamtes im Januar um 0,8 Prozent erhöht und liegen nun schon um 5,4 Prozent über dem Vorjahresstand. Nach einer auf das Bundesland Hessen begrenzten Statistik der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ erhöhte sich die Miete für Sozialwohnungen um 1,3 Prozent, für freifinanzierte Wohnungen um 0,9 Prozent. Demnach waren Sozialwohnungen im Januar um 7,8 Prozent teurer als im Vorjahr.

Diese Preiserhöhungen sind noch nicht auf die wohnungspolitischen Maßnahmen der Bundesregierungen zurückzuführen, die sich erst später statistisch auswirken werden. Offensichtlich hat schon die im letzten Jahr noch unter der SPD/FDP-Regierung begonnene Diskussion über Mieterhöhungen die Hausbesitzer zu Anhebungen ermutigt.

Außerdem ist zu bemerken, daß der Rückgang der Hypothekenzinsen zur Zeit den Mietanstieg noch dämpft.

Es muß also für die nähere Zukunft mit weiteren, viel kräftigeren Mietanhebungen gerechnet werden. In Verbindung mit sinkenden Realeinkommen entsteht die Gefahr, daß untere und mittlere Einkommenschichten ihren Wohnstandard senken müssen. So könnte die Strategie der Bundesregierung, durch höhere Mieten die Kapitalanlage im Wohnungsbau attraktiver zu machen und so den Wohnungsbau anzukurbeln, langfristig eher das Gegenteil erreichen: Dies würde dann eintreten, wenn die Mieten so hoch sind, daß die Mieter sich bestimmte Wohnungsgrößen und Wohnlagen nicht mehr leisten können.

Auch wenn dieser Mechanismus aktuell noch nicht wirksam ist, wirken die Mieterhöhungen über den Zusammenhang der privaten Nachfrage krisenfördernd: Steigende Mieten schränken die Kaufkraft für Konsumgüter ein, wenn bei sinkenden Realeinkommen der Mietanteil steigt, müssen die Verbraucher an anderen Stellen Einsparungen machen.

Der entscheidende Faktor für die Verlangsamung der Preisentwicklung ist bis jetzt der Rückgang der Rohstoffpreise gewesen.

Rohstoffpreise

	HWWA-Index ¹	VWD-Index ²
1973	52	—
1974	104	—
1975	100	—
1976	107	—
1977	117	—
1978	116	119
1979	153	149
1980	226	164
1981	241	175
1982	229	162
Jan. 1983	225	161 ³

¹ Auf Dollar-Basis, 1975 = 100

² Auf DM-Basis, 1972 = 100

³ Dezember 1982

(Quelle: FAZ v. 29. 12. 82; Ifo-Schnelldienst, 4/1983)

Noch deutlicher wird der rückläufige Preistrend bei Rohstoffen, wenn die Energierohstoffe ausgeklammert werden. Der HWWA-Index der Rohstoffe ohne Energiepreise lag im Januar 1983 bei 113, d. h. Rohstoffe waren nur noch 13 Prozent teurer als 1975.

Doch selbst das Rohöl ist in den letzten eineinhalb Jahren billiger geworden, die zunehmende Schwäche des OPEC-Kartells macht zudem weitere Preisrückgänge in der nächsten Zeit wahrscheinlich. Im Januar 1983 war Rohöl im Durchschnitt um mehr als drei Prozent billiger als im Januar 1982.

Insgesamt ist nicht damit zu rechnen, daß sich die Tendenz zur Inflationsverlangsamung dauerhaft fortsetzt. Zur Jahresmitte soll die Mehrwertsteuer um 0,5 bzw. ein Prozent erhöht werden, was eine Be-

lastung des Preisindex der Lebenshaltung um 0,7 Prozent bedeuten. Preisprognosen für 1983, die mit durchschnittlichen Preiserhöhungen von 3,5 bis vier Prozent rechnen, dürften also wieder zu optimistisch sein.

3.3 Einkommensverteilung

Die „Lohnquote“, d. h. der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, ist im abgelaufenen Jahr wieder gesunken. Da dieser Wert in den Auseinandersetzungen nicht nur um Löhne und Gehälter, sondern auch um die gesamte Wirtschaftspolitik eine große Rolle spielt, wäre es besonders wichtig, durch lange Reihen einen Überblick über die langfristige Entwicklung zu bekommen.

Allerdings ist dies kaum möglich, da die statistischen Ausgangsdaten zur Berechnung der Quote ständig geändert werden. Bei Vergleichen der folgenden Tabellenwerte mit entsprechenden Berechnungen in den Vorjahren (vgl. z. B. INFORMATIONEN... 1/1982) ergeben sich daher deutliche Abweichungen. Im folgenden wird darüber hinaus die Bereinigung der tatsächlichen Lohnquoten durch die Berücksichtigung der Beschäftigtenstruktur auf der Grundlage der Situation von 1960 (früher von 1950) vorgenommen. Dies deshalb, weil die zahlreichen statistischen Veränderungen inzwischen einen Vergleich mit 1950 kaum noch sinnvoll erscheinen lassen.

Lohnquoten¹

	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit		Nettolohn- und -gehaltssumme	
	Tatsächliche Lohnquote	Bereinigte Lohnquote ²	Tatsächliche Lohnquote	Bereinigte Lohnquote ²
1960	60,1	60,1	43,7	43,7
1970	68,0	62,9	45,0	41,7
1971	69,6	63,7	45,1	41,3
1972	69,8	63,6	45,0	41,1
1973	70,8	64,2	43,9	39,8
1974	72,9	66,0	44,3	40,1
1975	73,1	66,1	44,2	40,0
1976	71,8	64,6	42,0	37,8
1977	72,2	64,6	41,9	37,5
1978	71,4	63,6	41,8	37,3
1979	71,5	63,4	41,9	37,2
1980	73,3	64,7	42,2	37,3
1981	74,3	65,4	42,4	37,4
1982	73,7	64,8	41,5	36,6

¹ Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen

² Bei konstant gehaltenem Anteil der Abhängigen an den Erwerbstätigen 1960
(Quellen: Statistisches Bundesamt, Lange Reihen 1982; Wirtschaft und Statistik, 1/83, S. 27; Jahresgutachten des Sachverständigenrates 1982/83, S. 68)

In der Tendenz ergeben sich gegenüber früherer Berechnungen aber keine grundlegenden Verschiebungen: Die bereinigte Bruttolohnquote, die den einzelwirtschaftlichen Kostengesichtspunkt der Unternehmer ausdrückt und in der öffentlichen Diskussion meist genannt wird, erreichte ihren Höhepunkt in der Krise 1974/75, was allerdings schon eine Folge der Krise war. Sie ging dann bis 1979 zurück, und zwar unter den Stand der Jahre 1971 bis 1973. Dies zeigt, daß der Ausbruch der Krise 1980/83 mit einer angeblich zu hohen Lohnquote nicht das geringste zu tun hat.

1980 und 1981 steigt die Lohnquote wieder an, was allerdings ausschließlich eine Folge der Krise ist und den sinkenden Auslastungsgrad widerspiegelt. Immerhin bleibt sie deutlich unter dem Höhepunkt der Quote in der Krise 1974/75, ein weiterer Beleg für die langfristige rückläufige Tendenz der bereinigten Bruttolohnquote.

Der erneute Rückgang im Jahre 1982 ist bemerkenswert, da sich die zyklische Krise zur Jahresmitte von neuem verschärft hat. Die Unternehmer sind also inzwischen in der Lage, die kostentreibenden Wirkungen sinkender Auslastung durch den Druck auf Löhne und Gehälter und durch Preiserhöhungen mehr als auszugleichen. Hierin liegt auch eine Erklärung für die besondere Länge der Krise: Nach wie vor sinken die Realeinkommen rascher als die gesamtwirtschaftliche Produktion, so daß immer neue Produktionseinschränkungen die Folge sind.

Betrachtet man die Nettolohnquoten, die den Einkommensgesichtspunkt der Arbeiter und Angestellten ausdrücken, so wird dieser Zusammenhang noch deutlicher: Selbst wenn man die tatsächliche, unbereinigte Nettolohnquote zugrunde legt, ist die Tendenz über die ganzen siebziger Jahre hinweg rückläufig. Der Lohndruck der Unternehmer und die steigenden Abzüge über die Staatshaushalte summieren sich und führen dazu, daß nur noch ein sinkender Anteil des Volkseinkommens dem individuellen Konsum der Lohnabhängigen zufließt.

3.4 Tariffbewegung 1983

Für mehr als 14 Millionen Beschäftigte im Bundesgebiet und in Westberlin stehen in den ersten vier Monaten des Jahres 1983 Verhandlungen über höhere Löhne und Gehälter an. In der Tariffdiskussion hat sich als Hauptziel der meisten Gewerkschaften herauskristallisiert, zumindest einen Inflationsausgleich zu erreichen, was in den beiden zurückliegenden Tarifrunden nicht gelang.

Die Tariffbewegung begann unter außerordentlich harten Ausgangsbedingungen: Der neue CDU-Bundesarbeitsminister Blum hatte mit seiner Forderung einer Lohnpause massiv in die Vorbereitung eingegriffen. Der Beschluß der Bonner Rechtskoalition, die Beamtenbesoldung ab 1. Juli 1983 nur um zwei Prozent zu erhöhen, setzte ein weiteres negatives Datum. Schließlich wurde die defensive Ausgangssituation der Gewerkschaften durch die ARBED-Erpressung der Bundesregierung deutlich. Die Bundesregierung machte finanzielle Hilfen für die in Zahlungsschwierigkeiten geratene und vom Konkurs bedrohte ARBED davon abhängig, daß die IG Metall zuvor zustimmen müßte, auf einen Teil des für die Belegschaft vertraglich vereinbarten Weihnachtsgeldes für die Jahre 1983 und 1984 zu verzichten. Trotz Proteste hat die IG Metall letztlich doch einer Korrektur der tarifvertraglich vereinbarten Sonderzahlungen zugestimmt, nicht zuletzt unter dem Druck der eigenen Mitgliedschaft in den betroffenen saarländischen Betrieben.

Für die 3,9 Millionen Beschäftigten in der metallverarbeitenden Industrie fordert die IG Metall 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt bzw. für die Tarifbezirke Bayern, Niedersachsen und Westberlin pauschal einen Ausgleich für die Preissteigerungsrate. In einigen Tarifbezirken wird die Prozentforderung mit der Forderung nach einem Mindestbetrag von 114 bzw. 115 DM verbunden. In zwei Tarifbezirken der IG Metall hatten die Tarifkommissionen höhere Forderungen beschlossen – nämlich im Bezirk Stuttgart 7,5 Prozent und mindestens 133 DM und im Bezirk Hessen sieben Prozent und mindestens 125 DM, die vom Vorstand nach unten korrigiert wurden.

Wie die Tabelle zeigt, ist in den letzten Monaten bei den Tarifabschlüssen das Ziel eines Inflationsausgleiches weit verfehlt worden. Die mei-

Tarifabschlüsse November 1982 bis Januar 1983

Gewerkschaft	Tarifbereich/ Beschäftigte	Abschluß- zeitpunkt	Inhalt
GHK	Tischlerhandwerk Niedersachsen (16000)	Dez.	1,5 % und 2,3 % Stufenerhöhung ab 1. 6. 1983
	NRW (43000)	Dez.	2,36 % und 1,4 % Stufenerhöhung ab 1. 1. 1983
CPK	Kunststoffverarbeitende Industrie Hessen (20000)	Dez.	3,2 % und 0,5 % Stufenerhöhung ab 1. 4. 1983
	Baden-Württemberg (39000)	Dez.	3,9 % und 0,3 % Stufenerhöhung ab 1. 9. 1983
HBV	Bayern (41000)	Nov.	3,7 %
	Einzelhandel Berlin (90000)	Dez.	4,35 %
GHK	Holzverarbeitende Industrie Nordrhein, Westfalen-Lippe und Niedersachsen (100000)	Jan.	3,5 %

sten Abschlüsse haben nur noch eine „Drei vor dem Komma“, liegen also noch unter dem niedrigen Niveau der vorangegangenen Tarifrunde. Die Unternehmer haben in der Metallindustrie mittlerweile eine dreimonatige Lohnpause und 2,2 Prozent „angeboten“.

Ohne eine größere Mobilisierung wird das Ziel eines Ausgleichs der Preissteigerungsrate – was ja noch nicht eine Reallohnabsicherung bedeutet – nicht erreichbar sein. Günstige Voraussetzungen im Bereich der IG Metall sind dafür offensichtlich vor allem im Bezirk Stuttgart vorhanden, wo mit der Aktion „Unternehmer auf dem Prüfstand“, einer Flugblattserie zur Lohnrunde und ersten Aktionen zu den Verhandlungen nach einer langfristigen Mobilisierungskonzeption die Tarifbewegung vorbereitet wurde.

Die bisher (15. 2.) bekannt gewordenen Forderungen aus der papier- und pappeverarbeitenden Industrie (100 000 Beschäftigte) und aus der Bauindustrie (eine Million Beschäftigte) orientieren sich auch an der Forderung von 6,5 Prozent, die zuerst die IG Metall aufstellte.

Nach dem Ende der Lohnbewegung 1983 wird es voraussichtlich auf Initiative der IG Druck und Papier zu einer gemeinsamen Beratung der IG Metall, Gewerkschaft Holz und Kunststoff und Handel, Banken und Versicherungen mit der Druckergewerkschaft über ein gemeinsames Konzept und ein koordiniertes Vorgehen bei den bevorstehenden Manteltarifverhandlungen Ende 1983/Anfang 1984 zur Arbeitszeitregelung kommen. Von allen genannten Gewerkschaften wird der Einstieg in die 35-Stunden-Woche gefordert. Als ein Ausbrechen aus einer möglichen gemeinsamen Front ist das Vorgehen der IG Chemie-Papier-Keramik zu werten, die schon in der jetzigen Tarifrunde eine kombinierte Forderung nach Arbeitszeitverkürzung für Beschäftigte ab dem 55. Lebensjahr und Lohnhöhungen gefordert hat und dabei die Bereitschaft signalisierte, bei einem Teilerfolg für die Älteren die allgemeine 40-Stunden-Woche über die jetzige Frist bis Ende 1984 hinaus in der Chemieindustrie festzuschreiben. Beschäftigungspolitisch hätte eine ausschließliche Regelung für Ältere zudem überhaupt keine spürbare Wirkung.

3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Erwerbstätigen und der abhängig Beschäftigten ist weiterhin rückläufig. Der Beschäftigungsrückgang fiel 1982 mit fast zwei Prozent sogar stärker aus als im Vorjahr, der Beschäftigungsrückgang beschleunigt sich. Es sei allerdings angemerkt, daß auch die Beschäftigungstatistik laufend überarbeitet wird und ständig Neuberechnungen stattfinden.

So wird die Zahl der Erwerbstätigen für 1980 nun mit etwa einer halben Million höher angegeben als im Vorjahr, die Zahl der abhängig Beschäftigten sogar um fast 700 000.

Erwerbstätigkeit¹

	1980		1981		1982
	alt	neu	alt	neu	neu
Erwerbstätige	25 741	26 225	25 505	26 030	25 540
Abhängig Beschäftigte	22 242	22 909	22 082	22 785	22 350

¹ In 1000 Personen, alte und neue Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

Die rückläufige Erwerbstätigkeit trifft mit zunehmenden Zahlen von Erwerbspersonen zusammen, so daß sich die Kluft zwischen Arbeitssuchenden und Arbeitsstellen rapide weiter öffnet. Infolgedessen sind auch die Prognosen für die Arbeitslosigkeit weit übertroffen worden. Allgemein war zum Jahresanfang 1982 mit Jahresdurchschnittlich etwa 1,6 Millionen registrierten Arbeitslosen gerechnet worden. Tatsächlich stieg die Zahl über 1,8 Millionen.

Die Höchstwerte aus den fünfziger Jahren wurden deutlich übertroffen.

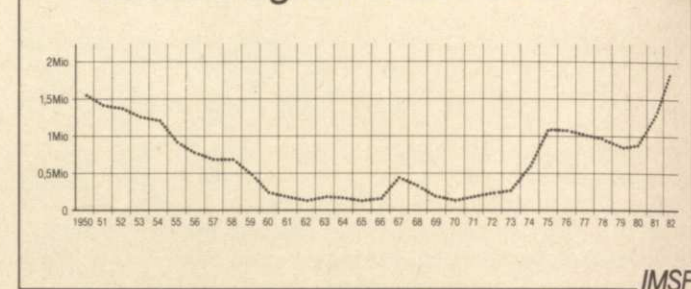
Die monatlichen Ziffern sind im Winter weiter angestiegen, was sowohl saisonal als auch konjunkturell bedingt ist. Anzumerken ist, daß der

Arbeitslosigkeit in der BRD¹

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960
1950	1580	1432	1379	1259	1221	928	761	662	683	476	235
1961	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971
1972	181	155	186	169	147	161	459	323	179	149	185
1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	
246	273	582	1074	1060	1030	993	876	889	1272	1833	

¹ Registrierte Arbeitslose, in 1000, bis 1960 ohne Saarland und Westberlin (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Arbeitslosigkeit in der BRD



Beschäftigungsrückgang in den saisonabhängigen Außenberufen geringer war als üblich, da die warme Witterung im Dezember/Januar saisonale Rückschläge abmilderte.

Arbeitsmarkt

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Juli	1757	+511	337	+118	106	-113
August	1797	+508	326	+159	88	-108
September	1820	+564	583	+315	81	-95
Oktober	1920	+554	828	+461	70	-85
November	2038	+548	1033	+597	62	-71
Dezember	2223	+519	1114	+608	58	-60
Januar	2487	+537	1190	+651	62	-60

(1) In 1000 Personen (2) Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Selbst bei einer konjunkturellen Belebung dürfte der Anstieg der Arbeitslosenziffern kaum gestoppt werden – die ungewöhnlich hohe Zahl der Kurzarbeiter macht deutlich, daß das betriebliche Arbeitskräfte-servoir ausreicht, um eine beträchtliche Erhöhung der Produktion ohne jede Neueinstellung durchführen zu können. Bleibt die erwartete Belebung aus, dann werden aus den Kurzarbeitern sehr schnell Arbeitslose werden.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus, Elisabeth Bessau
Der Abschnitt 1.1 wurde von Elvio Dal Bosco verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 16. 2. 1983. Nachdruck nur auszusagenweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementpreis von 36,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise: vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM, Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Planbeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt, April 1983

Einzelpreis 4,- DM

XXIII. Jahrgang

D 3476 E

4/83

Aus dem Inhalt:

DGB-Mal-Aufruf klammert aus: Regierungskritik und Frieden	3
Aktive Gewerkschafter dürfen jetzt nicht resignieren	4
Fred Habicht: Den Arbeitslosen mit der Tarifpolitik helfen!	5
Beschäftigte der Arbeitsverwaltung sollen Versäumtes ausbaden	8
1. und 10. Mal in Frankfurt: Nicht nur irgendwelche Termine interview mit Manfred Kiesewetter, DGB-Vorsitzender in Frankfurt	10
Schriftstellerverband bleibt Teil der Einheitsgewerkschaft	12
NACHRICHTEN-DOKUMENTATION:	
Arbeitslose in die Gewerkschaftsarbeit einbeziehen	
Zum Karl-Marx-Jahr: Die Lüge von den Sachzwängen	
Bei der Schuldzuweisung am Untergang Weimars das Großkapital vergessen	13–24
DGB-Jugend aktiv zu Ostern	
Disziplinierungsversuche in Köln	25
DPG-Frauen traten engagiert für ihre Rechte ein	26
Kritisch und selbstbewußt: Jugendkonferenz der IG DruPa	27
Arbeitsschutzgesetze werden „marktkonform“ demontiert	
Von Prof. Dr. jur. Bernd Klees	29
Rentenreform '84: An Versprechen bereits jetzt gravierende Abstriche	31
Selt langem sind Gewerkschaften unentbehrliche Teilhaber der Macht	35

Nun ist es schon einen Monat her, seitdem am 6. März der Bundestag neu gewählt wurde. Für die Unternehmer besteht aller Grund zum Jubel, haben sie doch nun ihre Regierung. Die Begeisterung der „Frankfurter Allgemeinen“ kennt kaum Grenzen. Sie berichtet, daß es eine so einmütige, ja fast überschwengliche Reaktion der großen Wirtschaftsverbände auf ein politisches Ereignis schon lange nicht mehr gegeben habe. Vom Deutschen Industrie- und Handelstag bis zum Handwerk, von der Wohnungswirtschaft bis zum Mittelstand hätten die Verbände den Wahlsieg der Koalition wie eine längst ersehnte gute Nachricht begrüßt.

Dieses Freudenfest der Unternehmer dürfte doch bei keinem Gewerkschafter über die Ziele des sozialreaktionären rechten Machtkartells Illusionen aufkommen lassen. Dessen Politik wird, wenn ihr nicht in den Arm gefallen wird, gleich einem Mäh-drescher mit tief eingestellten Mähbalken über die soziale Landschaft brausen. Alles, was die Arbeiter, Angestellten und Beamten in Jahrzehnten mühsam erkämpften, ist auf das höchste gefährdet. Für gewerkschaftliche Forderungen, wie sie in den Wahlprüfsteinen des DGB enthalten sind – Programm für Zukunftsinvestitionen, Ersetzen der Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938 durch ein Arbeitszeitgesetz, Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze in der Rentenversicherung auf 60 Jahre ohne versicherungsmathematischen Abschlag oder aber Rücknahme der Einschränkungen beim Arbeitslosengeld –, werden die Signale auf Rot gestellt werden. Man hätte meinen dürfen, daß die DGB-Spitze in ihrer Erklärung zum Ausgang der Bundestagswahl die Mitgliedschaft darauf eingestellt hätte, daß nur eine ganz entschiedene Frontstellung und sichtbare Kampfbereitschaft diese Regierung des großen Geldes daran hindern kann, ihre Pläne des sozialen Kahlschlags zu verwirklichen. Während es in der „Welt der Arbeit“ heißt, daß für die Gewerkschaften das politische Klima rauher werde und die Unternehmer von dieser Regierung bald Einlösungen für ihr Wahlengagement verlangen würden, gleicht die Erklärung des DGB-Bundesvorstandes eher einer Kapitulationsurkunde. Da wird doch allen Ernstes behauptet, daß die wirtschaftlichen und sozialen Probleme unseres Landes „nur durch Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Gruppen“ gelöst werden könnten. Der DGB stehe daher für Sachgespräche zur Verfügung, wenn „auf allen Seiten der Wille erkennbar ist, zu konkreten Ergebnissen zu kommen“.

Wer kann aber daran zweifeln, daß Unternehmer und Regierung konkrete Ergebnisse wollen, nämlich drastische Verschlechterungen des sozialen Besitzstandes. Ist es nicht an der Zeit, in den Gewerkschaften noch vorhandene Scheuklappen abzulegen? Mit den Unternehmern und deren Regierung wird nichts zu erreichen oder gar im Interesse der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu lösen sein. Nur gegen sie kann der Sozialabbau gestoppt und verhindert werden. Für die dazu notwendige Mobilisierung bedarf es aber einer klaren und unzweideutigen Sprache.

-fer